

Wozu taugen Ökonomen?

Stabilität als neue Aufgabe der Volkswirte.

Thomas Hanke
Paris

Robuste Institutionen schaffen und die Folgen politischer Entscheidungen bewerten: Das könnte ein neues Arbeitsprogramm für Ökonomen sein. Jedenfalls zeichnete sich dieser Minimal-Konsens bei der internationalen Konferenz in Aix-en-Provence am Wochenende ab, an der unter anderem IWF-Chefin Christine Lagarde, Bundesbank-Präsident Jens Weidmann, EZB-Chefvolkswirt Benoît Cœuré und Bestseller-Autoren wie Tomáš Sedláček sowie Nassim Nicholas Taleb teilnahmen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Selbstbewusstsein der Ökonomen erschüttert. Olivier Blanchard, Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds, äußerte kürzlich, es gebe „viele Fragen, aber erst wenige Antworten.“ Über den richtigen Weg aus der Krise gibt es anhaltenden Streit: Müssen wir Schulden abbauen oder wie in Japan die Notenpresse anwerfen und mit staatlicher Nachfrage die Konjunktur starten?

IWF-Chefin Lagarde gab keine grundsätzliche Antwort, sondern nährte die zunehmende Skepsis mit einer Bemerkung darüber, dass die Zweifel am Wachstum der Schwellenländer sich mehren und der Währungsfonds möglicherweise seine globale Wachstumsprognose in den nächsten Tagen zurücknehmen wird. Der tschechische Chefvolkswirt Sedláček dagegen wartete mit einer klaren Positionierung zu der Grundfrage auf: „Für mich geht es nicht um eine Debatte Austerität: Ja oder Nein?“ Es gehe darum, wann sie geübt werde. Keine Gesellschaft komme um die Notwendigkeit herum, ihre Schulden zurückzuzahlen. „Ich höre oft den Satz:

„Wir sollten aktuell eine höhere Verschuldung zulassen, damit wir die Wirtschaft anregen, dann können wir unsere Schulden einfacher abtragen.“ Wenn man den Mittelteil des Satzes rauslasse, bleibe übrig: „Wir müssen uns stärker verschulden, damit wir unsere Schulden zurückzahlen können.“

Mehr Stabilität, das bedeutet für eine zunehmende Zahl von Ökonomen, beispielsweise das Eigeninteresse von Banken an der Risikominderung zu steigern, indem man sie über stärkere Selbstbeteiligung bei Geschäften mit in die Haftung nimmt. Manchmal bedeutet das aber auch, überschießende Erwartungen an schnelle Wohlstandsgewinne zu enttäuschen. Eine Wirtschaft mit weniger Wachstum - ist das akzeptabel?

Die Gesellschaften Europas stellt das vor eine Zerreißprobe: Ist die Mehrheit bereit, ein System zu stützen, das keinen permanenten Zuwachs an Wohlstand sichert? Alles andere als eine theoretische Frage, wie man in den Krisenländern der Euro-Zone, vor allem in Griechenland, erlebt.

Der französische Ökonom Michel Aglietta beantwortet die Frage positiv. Aber unter einer Bedingung: „Das allgemeine Wohl muss gesichert sein, und das kann der Markt nicht.“ Ökonomen allein könnten darüber auch keine Entscheidungen treffen, sie müssten sich mit anderen Sozialwissenschaftlern vernetzen und sich vom liberalen Philosophen John Rawls inspirieren lassen: „Eine Gesellschaft muss sich daran messen lassen, ob sie die Lage ihrer schwächsten Teile verbessert.“

Den dafür nötigen staatlichen Entscheidungen weicht die Politik allerdings gerne aus, wie mehrere Teilnehmer in Aix kritisch feststellten. Notwendige Beschlüsse wie die



IWF-Chefin Lagarde: Zweifel an der Wachstumsprognose für die Welt.

über eine Rentenreform würden verzögert oder als unzumutbare Opfer hingestellt, statt sie als das zu erkennen, was sie sind: die angemessene Verteilung von Lasten zwischen den Generationen. Hier kommt ein Kurzfristdenken zum Ausdruck, das Politiker gerne den Unternehmen vorwerfen. Louis Gallois, der frühere EADS-Chef, jetzt in Frankreich zuständig für große Investitionsprojekte, kritisierte die zunehmende Unfähigkeit der Regierungen, Entscheidungen

mit langem Atem zu treffen. „Der Staat hat immer größere Probleme, kurz- und langfristiges Handeln ins Gleichgewicht zu bringen.“ Selbst bei komplizierten Strukturreformen würden sofort Resultate erwartet. Dabei habe man gesehen, dass Reformen wie die Agenda 2010 fast ein Jahrzehnt bräuchten, um zu wirken. Doch gleichzeitig dauerten Entscheidungsprozesse zu lange. Richtiges Zeit-Management: Zumindest darüber können Ökonomen hilfreiche Aussagen treffen.

Rentenbeitrag sinkt 2014 wohl auf 18,4 Prozent

Der Rentenbeitrag wird wohl noch stärker sinken als bislang vermutet. Die reichlich sprudelnden Beitragseinnahmen machen es möglich, dass der Beitrag Anfang 2014 voraussichtlich von 18,9 auf 18,4 Prozent sinkt. Dieses Beitragsniveau soll dann bis Ende 2017 gelten. Grundlage ist die jüngste Prognose des Schätzerkreises mit weiter steigenden Einnahmen. Damit zeichnet sich die dritte Beitragssenkung in Folge ab. dpa

Arbeitsagentur sieht sich für mögliche Krise nicht gerüstet

Die Bundesagentur für Arbeit sieht sich für eine Rezession nicht gerüstet. Bis Jahresende werden die BA-Rücklagen auf 1,7 Milliarden Euro schrumpfen. „Aber schon bei einer mittleren Krise wird die Bundesagentur zur Finanzierung von Kurzarbeit und anderen Arbeitsmarktprogrammen acht bis elf Milliarden Euro benötigen“, so Verwaltungsratsmitglied Peter Clever. dpa

Deutsche Industrie bekommt weniger Aufträge

Erneuter Dämpfer für die Industrie: Im Mai erhielten die Unternehmen im Vergleich zum Vormonat 1,3 Prozent weniger Aufträge, teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit. Volkswirte hatten angesichts des Rückgangs im Vormonat mit einem Anstieg um 1,2 Prozent gerechnet. Im Mai bekamen die Firmen deutlich weniger Großaufträge als üblich. Schwach war vor allem die Inlandsnachfrage. dpa

STIMMT ES, DASS ...

... „Schuldenfrei“ kein Werbeslogan sein darf?

Die kommunale Finanzautonomie ist ein von der Verfassung geschütztes Gut. Doch wenn eine Stadt ihre soliden Finanzen für Werbung nutzen will, beißt sie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Granit.

Vor einigen Wochen berichtete ich über das Städtchen Monheim, jene Kleinstadt am Rhein, die es durch aggressive Niedrigsteuerpolitik geschafft hat, binnen kurzer Zeit ihre gesamte Verschuldung abzubauen - und nun sogar beginnt, Rücklagen anzusparen.

Und weil es sich so gut damit lebt, gewerbesteuerzahlende Betriebe durch niedrige Hebesätze anzulocken, wollte Monheim nun mit Radio-Werbung noch mehr PR in eigener Sache machen und buchte beim WDR vom 24. Juni bis 9. Juli Sendeplätze. Wenige Tage vor Beginn der Ausstrahlung stornierte der WDR den Auftrag. Begründung: Nach Prüfung durch die Rechtsabteilung dürften Spots dieser Art nicht ausgestrahlt werden. „Begriffe wie ‚Schulden‘ und ‚schuldenfreie Kommune‘ müssten gestrichen werden.“ Zudem

sollte der Spot „werblicher“ gestaltet werden, etwa durch intensive Untermauerung mit Musik.

Auf Nachfrage teilte der WDR mit, er dürfe lediglich „Wirtschaftswerbung“ ausstrahlen. Werbung politischer, weltanschaulicher oder religiöser Art sei gemäß Rundfunkstaatsvertrag nicht gestattet. Die Monheim-Spots enthielten Elemente, „die dem Bereich der politischen Werbung zuzuordnen waren“.

Leser in Nordrhein-Westfalen können selbst hören, ob die Spots wirklich politisch sind. Denn sie laufen derzeit im „Radio NRW“, an dem der WDR beteiligt ist. In dem Spot heißt es etwa: „Was ist grün, liegt am Rhein, ist schuldenfrei, hat Kitas ohne Kitagebühren, und seine Firmen zahlen die niedrigste Gewerbesteuer in ganz NRW? Utopia? Nein, Monheim am Rhein.“ Der Verdacht liegt nahe, dass

Axel Schrinner ist Finanz- und Steuerexperte der Handelsblatt-Redaktion in Düsseldorf.



beim WDR nicht nur Paragraphen der Grund für die Ablehnung - und der Verzicht auf einen fünfstelligen Betrag - waren. Vielen Politikern ist das Treiben der Monheimer-Steueranarchisten keineswegs geheuer. Die meisten Betriebe, die in Monheim eröffnen, haben zuvor ihr Werk in einer anderen Stadt geschlossen - und dort fehlt nun Gewerbesteuer. So verlangt etwa das 15 Kilometer entfernte Leverkusen 460 Prozent Gewerbesteuer-Hebesatz, Monheim nur 300 Prozent.

Die Provinzposse zeigt vor allem eins: Die kommunale Finanzautonomie wird zwar gerne in Sonntagsreden hochgehalten, sie ist aber in Wahrheit vielen eher ein Graus - auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Sie erreichen den Autor unter schrinner@handelsblatt.com